

Baugenossenschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er scheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
— Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 —

Anzeigenpreis: Insetale 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Erhöhung der Unterstützung der Kriegesfamilien.

Die den Familien der Kriegsteilnehmer zustehende staatliche Unterstützung erfährt bekanntlich, soweit sie die Ehefrau betrifft, ab November eine Erhöhung von monatlich 9 auf 12 M. Es ist wohl dem besonderen Charakter der Gesetzgebung der Reichstagsitzung vom 4. August dieses Jahres zuzuschreiben, daß diese Erhöhung des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888 über die Unterstützung von Familien zum Dienst eingetretener Mannschaften in so ungenügender Weise ausbaute. Denn daß der Ausbau ein völlig ungenügender ist, ergibt nicht nur ein Vergleich der Unterstützungssätze mit den tatsächlichen Bedürfnissen, zumal angesichts der in den letzten Jahren ohnehin und seit Kriegsbeginn noch besonders erfolgten Erhöhung der Preise, sondern auch ein Vergleich mit dem, was andere kriegsführenden Staaten mit geringerer Finanz- und Wirtschaftskraft tun. Die christlichen Gewerkschaften haben denn auch, wie eine früher bekannt gegebene Eingabe dargetan hat, sofort Schritte zur Verbesserung des jetzigen Zustandes unternommen. In einer am 5. Oktober an den Stellvertreter des Reichsanwalters gerichteten Eingabe hat der Vorstand des Gesamtverbandes das ganze Problem der Unterstützungsfrage erneut nach der grundsätzlichen und praktischen Seite aufgerollt und Vorschläge für die künftige Behandlung unterbreitet. Wir geben nachstehend den Text dieser Eingabe, abgesehen von den einleitenden und schlußbemerkungen, wieder:

„Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß die auf Grund der Reichsgesetze vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 festgesetzte Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer den tatsächlichen Bedürfnissen nicht im vollen Umfang gerecht werden kann. Der Betrag ist für tatsächliche bedürftige Familien zu gering. Ferner ist infolge der einheitlichen Unterstützungshöhe der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Landesstellen nicht Rechnung getragen. Was zum Unterhalt einer Familie auf dem Lande zur Not ausreicht, wird in der Großstadt weit unter dem sozialen Existenzminimum bleiben. Die Grundlage der Unterstützung basiert auf einem Gesetz aus dem Jahre 1888. Zur damaligen Zeit war die wirtschaftliche Struktur des deutschen Reiches eine ganz andere. Damals stellte die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung im Vergleich zu heute einen viel größeren Bruchteil unseres Gesamtvolkes dar. Heute lebt der größte Teil der Bevölkerung von Industrie, Handel und Gewerbe und ist in Großstädten oder dichtbevölkerten Industriebezirken zusammengeballt. Der Lebensunterhalt dieser Volksmassen ist bekanntermaßen teurer wie auf dem Lande, wo die arbeitende Bevölkerung wenigstens einen Teil der Lebensmittel durch Garten- und Ackerbau selbst produzieren kann. Dazu kommt noch der Unterschied der Wohnungspreise.“

Angesichts dieser Tatsachen kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die reichsgesetzliche Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer für die tatsächlichen Verhältnisse zu niedrig, daß sie einer Revision dringend bedürftig ist. Andere kriegsführende Staaten, die in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hinter Deutschland zurückstehen, gewähren den Familien ihrer Kriegsteilnehmer eine wesentlich höhere Unterstützung als Deutschland. Oesterreich hat die Unterstützung nicht einheitlich für die ganze Monarchie festgesetzt, sondern den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Städte oder Bezirke angepaßt. Die Gesamtunterstützung beträgt pro Person und Tag:

	über 8 Jahre	unter 8 Jahren
in Wien	1,32	66
im übrigen Niederösterreich	1,21 1/2	60 1/2
in Linz	1,32	66
im übrigen Oberösterreich	1,11	57
in Salzburg Stadt und Land	1,23	61 1/2
in Graz	1,21 1/2	61 1/2
in Mogenfurt	1,27 1/2	63 1/2

	über 8 Jahre	unter 8 Jahren
im übrigen Böhmen	1,18 1/2	59 1/2
in Innsbruck	1,50	75
im übrigen Tirol und Vorarlberg	1,35	65
in Prag	1,27 1/2	63 1/2
im übrigen Böhmen	1,20	60
in Berlin	1,27 1/2	63 1/2
im übrigen Mähren	1,20	60
in Troppau	1,28	61 1/2
im übrigen Schlessien	1,11	57

Die niedrigste Unterstützung ist bedeutend höher, als wie die im Deutschen Reich gezahlte. — Frankreich zahlt, wie aus Blätternmeldungen hervorgeht, für die Ehefrau des Kriegers 1,25 Fr. und für jedes Kind 0,50 Fr. Eine Frau mit zwei Kindern bekommt somit in Frankreich 67,50 Fr. oder 54 M monatlich, während sie im Deutschen Reich in den Sommermonaten 21 M und in den Wintermonaten 24 M erhält. Noch größer ist der Unterschied in Oesterreich. Im Hinblick auf die Wirtschaftskraft und den sozialen Geist unseres Volkes bitten wir, darauf hinzuwirken zu wollen, daß unser deutsches Vaterland in der Fürsorge für die Kämpfer im Felde nicht erheblich hinter anderen Staaten zurückbleibe.

Die Unzulänglichkeit der reichsgesetzlichen Familienunterstützung hat die Gemeinden, insbesondere die größeren Städte, in die Zwangslage versetzt, zu der gesetzlichen Unterstützung noch erhebliche Zuschüsse zu leisten, um die Kriegesfamilien vor der äußersten Not zu schützen. Diese Hilfsmaßnahmen der Gemeinden weisen nun wieder sehr große Unterschiede auf. Manche Gemeinden sind mit ihren Zuschüssen über den Betrag der gesetzlichen Unterstützung hinausgegangen, andere sind mehr oder weniger darunter geblieben, während andererseits auch eine große Zahl von Gemeinden keine Zuschüsse leistet. Von den gemeindlichen Hilfsmaßnahmen sei eine Anzahl hier angeführt:

Düsseldorf leistet einen Zuschuß in der Höhe, daß die Ehefrau pro Tag 80 Pf. und für die drei ersten Kinder je 40 Pf., für jedes weitere Kind 20 Pf. bis zum Höchstbetrage von 3 M pro Tag erhält. Die Frau mit einem Kind erhält mithin pro Monat 36 M. In Hannover erhält eine Ehefrau mit einem Kinde ebenfalls 36 M. Osnabrück hat einschließlich der staatlichen Unterstützung den Gesamtbetrag auf 30 M für die Ehefrau und 10,50 M für je ein Kind festgesetzt. Altenburg hat den Zuschuß auf Grund des örtlichen Tagelohnes geregelt. Die Ehefrau erhält 30 Proz., je ein Kind 10 Proz. bis zum Höchstbetrage von 60 Proz. des Ortslohnes. Das macht für die Ehefrau mit einem Kind 36 M pro Monat aus. In Wachen ist der Zuschuß so bemessen, daß die Ehefrau 26 M und für je ein Kind 10 M monatlich erhält. Gera leistet einen Zuschuß von 150 Proz. zur Reichsunterstützung. Erfurt einen solchen von 100 bis 150 Proz. für die Ehefrau, jedoch nicht für die Kinder.

Einen Zuschuß von 100 Proz. zur reichsgesetzlichen Unterstützung gewähren folgende Städte: Dresden, Köln, Jena, Höchst a. M., Biberach a. Rh., Dessau, Düren, Finsterwalde, Hanau, Koblenz, Magdeburg, Merseburg, Raumburg, Neumünster, Ogersheim, Jossen, Wiesbaden usw.

Unter 100 Prozent Zuschuß bleiben folgende Städte: Eberfeld, Barmen 75 Proz., Brandenburg, Bremen, Rughafen, Wülheim-Ruhr, Summersbach, Mülhausen i. Th., Gardelegen 66 2/3 Proz.; folgende Städte gewähren einen Zuschuß von 50 Proz.: Breslau, Görlitz, Frankfurt a. O., Wilhelmshafen, Darmstadt, Kassel, Frankfurt a. M., Götting, Genußdorf, Landsberg a. W., Ludenwalde, Weiskensfeld usw.

Eine Anzahl Städte bleibt auch noch unter 50 Proz. Zuschuß, so Schaffenburg, Hof, Lüdenscheid, Oberstein, Radeberg, Schweinfurt mit 33 1/2 Prozent; Arnstadt mit 30 Prozent.

Es gibt auch Städte, die keinen Zuschuß zur reichsgesetzlichen Unterstützung bewilligt haben. Bei den Landgemeinden trifft das fast auf der ganzen Linie zu.

In einer Anzahl Städte wird allerdings auch über die angeführten Unterstützungssätze hinausgegangen, indem besonders bedürftigen Familien aus

freiwilligen städtischen Kriegsbeihilfsammlungen weitere Zuschüsse gewährt werden. Das Ergebnis dieser Sammlungen verlingert sich indes in den letzten Wochen sehr, weil nunmehr auch andere Bedürfnisse (erhöhte Anforderungen an das rote Kreuz, Liebesgaben an die Truppen usw.) verstärkt hervortreten.

Aus Vorstehendem ist zu ersehen, wie vielfältig und verschieden die Unterstützung der Kriegesfamilien seitens der Gemeinden geregelt worden ist. Welche Kreise sind mit uns der Ansicht, daß die Unterstützung der Kriegesfamilien eigentlich Aufgabe des Reiches sein müßte. Den Gemeinden erwachsen in der jetzigen Kriegszeit eine Reihe anderer dringender Aufgaben, die ihnen erhebliche Lasten auferlegen. In Ermangelung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung bleibt vorerst die Sorge für die große Zahl der Arbeitslosen den Gemeinden aufgebürdet. Letztere würden für Arbeitsmöglichkeiten und für die Arbeitslosen zweifellos mehr aufwenden können, wenn ihnen die Lasten der Unterstützung für die Kriegesfamilien abgenommen würden.

Aus all diesen Gründen unterbreiten wir Ein. Erzellen ergebenst den Antrag, es möge die Reichsunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer angemessen erhöht und eine andere, den verschiedenenartigen Bedürfnissen der einzelnen Landesstellen angepaßte Regelung herbeigeführt werden. Diese Anpassung könnte erfolgen auf Grundlage des ortsüblichen Tagelohnes oder an Hand der Dienstklasseneinteilung für die Reichsbeamten. Die seitens der Gemeinden erfolgten Regelungen geben genügend Anhaltspunkte und Unterlagen für eine befriedigende Lösung dieser Frage.“

Klarcheit!

Die Hüllen fallen. Wir haben manche ausländische Arbeiterabordnung nach Deutschland kommen sehen. Ihre Vertreter hielten salbungsvolle Friedensreden, mochte es auf bürgerlichen oder sozialdemokratischen Veranstaltungen sein. Noch mehr aber haben wir internationale sozialistische Verbrüderungstungebungen erlebt, die fast nur unter dem Gesichtspunkt der Weltfriedensidee standen. Und heute? Wir bekennen offen, daß wir nie an die Echtheit der dort gefallenen Versicherungen geglaubt haben. Eine Einschränkung müssen wir jedoch machen: Soweit sie aus deutschem Munde fielen, waren sie es zweifellos. Das nämliche aber können wir den Engländern, Franzosen und Belgiern, auch noch anderen, nicht zugestehen. Ihre Worte waren nicht aufrichtig, sie waren falsch, sie waren berechnet, um die Deutschen einzufüllen und sie gegen jene aufzureizen, die für einen starken militärischen Schutz unseres Vaterlandes sich mit ganzer Kraft einsetzten. Und sie wußten genau, eine antimilitaristische Strömung, die in ihren eigenen Ländern nur Spielerei blieb, ging in Deutschland, wenn einmal geweckt, bis auf die Wurzel. Deutsche Gründlichkeit und Ehrlichkeit wollten sie zu ihrem eigenen Vorteil mißbrauchen.

Die wahre Gestimmung dieser Herrschaften kennen zu lernen, haben wir jetzt Gelegenheit. Die französischen Sozialisten möchten gar zu gern die Italiener dazu veranlassen, uns den Krieg zu erklären; der führende belgische Sozialdemokrat Vandervelde reist in der West herum, und heßt gegen Deutschland in den blutigsten Farben. Es ist unglücklich, was da geschieht. Die Deutschen werden als Hunnen und Barbaren bezeichnet, die morden und sengen, wo sie hinkommen, ja, die sogar Frauen und Kinder nicht schonen. Die wohlwollende englische Regierung aber hat dafür gesorgt, daß wir vom internationalen Verkehr abgeschnitten wurden, hat unsere Auslandsarbeit zerstört, so daß wir den schmachvollen Verleumdungen nur unter den allererschwerigsten Umständen und leider immer erst sehr spät entgegenzutreten können. Gegen diese Vergewaltigung, gegen das elende Frankreich, gegen den Verrat des Reiches der Dum-Dum-Ge-

Schiffe regt sich von diesen kühnen Seefahrern niemand auf, sie halten es ansehnlich ganz in der Ordnung - weil dies alles ja Deutschland zu schädigen geeignet ist.

Neuerdings wird der sozialdemokratischen Presse auf Umwegen aus London berichtet, daß den Engländern jetzt zum Bewußtsein kommt, daß sie für den von ihnen angezettelten Krieg selbst beträchtliche Opfer bringen müssen. Trotzdem nehme die Zahl der Friedensfreunde ab, ja, diese könnten sich bald nicht mehr hören und sehen lassen. Es wird dafür ein Beispiel angeführt, wie ein Gefesselter, der gegen den Krieg reden wollte, vertrieben und ihm die Fenster eingeworfen wurden. Von der sonst vielgerühmten englischen Redefreiheit sei nichts mehr zu spüren. Wer nicht in das Horn der Regierung stoße, müsse auf arge Grobheiten gefaßt sein. Am meisten interessiert das Verhalten der englischen Arbeiterführer. Bei der Umwerbung der Million Freiwilligen steht die Arbeiterpartei und ihr Tageblatt im Vordergrund. Der Abgeordnete Henderson, Vorsitzender der Arbeiterpartei, sandte drei seiner Söhne als Freiwillige an die Front, er selbst rebet Tag für Tag mit anderen Arbeiterführern in „Rekrutierungsversammlungen“. Diese „Versammlungen“ bilden eine einzige große, wüste Heerei gegen Deutschland. Die Rekrutierung selbst wird mit den schafelsten Mitteln betrieben. Durch Hunger und Drohung, mit Entlassung werden die meisten „Freiwilligen“ in das Söldnerheer gepreßt. Es wird der Regierung nachgesagt, sie habe die Anweisung erlassen, nichts gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, so lange nicht die benötigte Zahl Soldaten zusammengebracht sei. Viele große Firmen und Gesellschaften stellen ihre Angestellten vor die Alternative, entweder sich anwerben zu lassen, oder entlassen zu werden. Das sind dann „Freiwillige“. Dieser Druck geht so weit, daß sogar das Organ der Arbeiterpartei dagegen Front machen mußte. Die Arbeiterpartei vertreibt ihre in Massenaufgaben hergestellten Rekrutierungsflugblätter trotzdem weiter, Abgeordnete, wie Macdonald, die früher gegen den Krieg waren, unterstützen jetzt diese Tätigkeit.

Wie die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 228) mitteilt, bemühte sich kürzlich der holländische „revolutionäre Antimilitarist“ Cornelissen, der in Paris seit vielen Jahren wohnt, im Auftrage der französischen Arbeiter-Konföderation, versehen mit einer speziellen Vollmacht der französischen Regierung, bei den holländischen Sozialdemokraten, um sie zur Parteinahme für Frankreich zu bewegen. Mit anderen Worten: die holländischen Sozialdemokraten sollen ihre Regierung zur Kriegserklärung gegen Deutschland treiben. Dabei ist der Mann Schindlacker und bekannt als ein wütender Antimilitarist. Da dies auch in anderen Ländern versucht wird, z. B. in Italien, so haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß die sozialistische Internationale gegen Deutschland mißbraucht wird. Wir erinnern auch an den bekannten Aufbruch der Internationale an die Deutschen. Daß die deutsche Sozialdemokratie, als der Grundpfeiler der Internationale, damit nicht einverstanden ist, brauchen wir nicht zu betonen, daß sie dagegen protestiert, ist bekannt. Daß man ihr das zu bieten wagt, ist aber mehr als vieljägend.

Der Gipfelpunkt der Heuchelei bildet, daß die Hege im Namen der Freiheit der Demokratie und der Mensch-

lichkeit gegen uns Deutsche geführt wird, bis angeblich durch uns bedroht sein sollen. Dabei stehen die Herrschaften im Bündnis mit Russland, dem Tode jeder Freiheit, und führen Kurios, Quaden, Senegalesen, Indier, Gontentotten und andere halb oder ganz wilde Völker gegen uns in den Krieg. Da verstummt alles. Das gibt uns volle Klarheit. Die Franzosen sind immer zuerst Franzosen, die Engländer zuerst Engländer, dann kommen ihre selbstsüchtigen Interessen, zu deren Erlangung ihnen jedes Mittel recht ist: von der brutalsten Rücksichtslosigkeit bis zur sentimentalfesten Lebensphrasen. Wir wollen ihnen in den Mitteln nicht nachsehen, aber auch wir wollen in erster Linie Deutsche sein, und für unser gutes Recht mit aller Macht streiten. Nur wenn wir das tun und wenn wir stark sind, wird man uns respektieren.

Tagung des Haupttarifamtes.

Die für Oktober anberaumte Tagung des Haupttarifamtes, die in Essen stattfinden sollte, mußte umständlicher nach Frankfurt a. M. verlegt werden. Sie fand am 22. und 23. Oktober statt. Die Tagesordnung war nicht so umfangreich wie die der vorigen Sitzung. Es lagen 40 Streitfälle vor. Davon wurden vier Anträge zurückgezogen, drei für erledigt erklärt und acht verlegt. Die übrigen kamen zur Entscheidung.

Der Sitzung des Haupttarifamtes ging eine Aussprache zwischen den Vertretern der beiderseitigen Parteien voraus über die Anwendung des Tarifvertrages und des Schiedspruchs über das Beton- und Eisenbauhandwerk. Da der Tarifvertrag immer nur vom Hochbaugewerbe redet, steht es nicht zweifelhaft fest, ob er auf die genannten Arbeiten Anwendung findet. Auch im Betonschiedspruch ist dies nicht ausgesprochen, obwohl die Unparteilichen in ihren Entscheidungen der Ansicht zuzuneigen scheinen, daß die Anwendung stattfinden soll. Die Aussprache ergab, daß die Parteivertreter grundsätzlich der Auffassung sind, daß sämtliche Betonarbeiten unter den Vertrag fallen sollten. Die Schwierigkeit liegt nur bei der Entlohnung jener Arbeiter, die bei genannten Arbeiten auszuführenden Erdarbeiten verrichten. Dort, wo auch für die Erdarbeiter die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind, bestehen diese Schwierigkeiten nicht. Das ist jedoch nur in geringem Umfange der Fall. Die Löhne der Erdarbeiter sind in den meisten Fällen erheblich niedriger als die Löhne der Bauhilfsarbeiter. Die Erdarbeiten werden zum Teil von reinen Tiefbaubetrieben, zum Teil auch von Betonbauunternehmen, die gemischten Betrieb haben, ausgeführt. Die Tiefbauunternehmen sind dem Arbeitgeberbund f. d. B. auch nicht angeschlossen. Für diese Erdarbeiten wollen die Arbeitgeber keine Bauhilfsarbeiterlöhne zahlen. Uns allen sind ja auch die Arbeiterverhältnisse im Tiefbau, die vielen Ausländer, die darin Beschäftigung finden, bekannt. Daraus müssen sich große Schwierigkeiten ergeben. Die Arbeitervertreter beantragen, die protokollarische Erklärung, daß für Erdarbeiten, die zur Vorbereitung eines Hochbaues dienen, der Bauhilfsarbeiterlohn zu zahlen ist, solle auf die Betonarbeiten im Tiefbau und bei Ingenieurbauten sinngemäße Anwendung finden. Sie verkennen die Schwierigkeiten nicht, die der klaren Definierung, welche Erdarbeiten als Vorbereitungsarbeiten für

Tiefbauten usw. anzusehen sind, entgegenstehen. Wie wir jedoch im Hochbau über die größten Schwierigkeiten hinweggekommen sind, wird uns die Praxis auch bei den angezogenen Arbeiten dahin bringen. Die Arbeitgeber konnten zu einer bestimmten Entschädigung nicht gelangen, sie wollen erst noch einmal mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen. Die Angelegenheit kam daher zu einer Vertagung.

Die Haupttarifamtssitzung stand unter der Einwirkung des Krieges. Von den acht verhandelten Anträgen geschah dies in sieben Fällen auf Veranlassung der örtlichen Parteien, die ihre Streitigkeiten bis nach dem Krieg verschieben wollten, auch ist ein Teil ihrer Tariforgane mit in den Krieg gezogen. Die zurückgezogenen Anträge waren solche auf Tarifuntreuerklärung einer Vertragspartei. Da es dabei ohne gegenseitige Vorwürfe nicht abgegangen wäre, man diese aber in gegenwärtiger Zeit vermeiden will, deshalb die Zurückziehung. Die Verhandlungen trugen daher auch einen veröhnlicheren Charakter, der sich von manchen erregten Auseinandersetzungen bei früheren Tagungen vorteilhaft abhob.

Wie gewöhnlich, figurierte die Akkordarbeit bzw. deren Zulassung in einer Anzahl Fälle unter den Anträgen. In Sprottau wurde sie für Zimmerer und in Gotha für Maurer für unzulässig erklärt, in Sagan wurde sie dagegen für Zimmerer und in Düsseldorf für Maurer für zulässig erklärt. Für Göttingen und Rissingen wurde wegen ungenügender Klärung eine Entscheidung nicht gefällt. Eine Anzahl Streitfälle wurde an die zweite Instanz zurückverwiesen. Ein Antrag von Erfurt, für die Inzassen von Strafanstalten einen niedrigeren als den Tariflohn für zulässig zu erklären, wurde wegen Unzuständigkeit zurückgewiesen. Der vom Zimmererverband für Koblenz mit der dortigen Zimmermeistervereinigung abgeschlossene Sondertarif wurde für ungültig erklärt. In einem Streitfall über die Besetzung der Tarifinstanzen in Hannover wurde grundsätzlich entschieden, daß die Tarifämter auch während des Krieges in vollem Umfange aufrechtzuerhalten sind. Die Mehrzahl der übrigen Streitfälle betraf materielle Verletzungen des Tarifvertrages oder Verstöße gegen getroffene Vereinbarungen. Es erübrigt sich, näher darauf einzugehen. Wann die nächste Sitzung des Haupttarifamtes stattfindet, blieb unerörtert. Wahrscheinlich während des Krieges nicht mehr.

Gegen die Preistreiberien auf dem Kartoffelmarkt.

haben wir in letzter Nummer der „Baugewerkschaft“ bereits Stellung genommen. Wir brachten dabei zum Ausdruck, daß es Pflicht der Regierung sei, dieser ungerechtfertigten Belastung der breiten Masse des Volkes ein Ende zu bereiten, indem sie Höchstpreise festsetzt. In diesem Sinne hat nun auch das Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften eine Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers gerichtet. Die Eingabe legt die von uns bereits geschilderten unhaltbaren Zustände dar und tritt dabei besonders dem Bestreben der Produzenten entgegen, die durch Zurückhalten der Ware einen Kartoffelmarkt vorzukäufen und dadurch eine künstliche Preissteigerung herbeiführen. Demgegenüber wird in der Eingabe ausgeführt:

Aus dem Felde.

Wie im Wirtschaftsleben ein jeder Arbeiter ein Glied in dem großen Getriebe bildet, um so Werte zu schaffen, so ist jetzt auch im Kriege jeder Soldat eine bestimmte Tätigkeit aus, um zum Gelingen des großen Werkes, Deutschlands Freiheit, Unabhängigkeit und Werte zu schaffen, mit beizutragen. Während die jüngeren Kräfte dazu bestimmt sind, die Feinde zurückzuschlagen, sorgen die älteren dafür, daß die eroberten Gebiete gesichert, Ruhe und Ordnung darin geschaffen werden. Es ist für jedes deutsche Soldatenherz bewußt, daß es wichtige Pflichten zu erfüllen hat im Kriege. Daher ist es auch weiter kein Wunder, daß Landwehr- und Landsturmmänner mit derselben Begeisterung und demselben Opfermut fortjahren, wie die jungen Stamm- und Reserve-

denen überall die deutschen Fahnen wehen, sowie auf den Bahnstrecken, herrsche reges Leben. Unsere Eisenbahnbau- und Betriebsabteilungen sind fleißig bemüht, die zerstörten Strecken, Telegraphen und Telephon, wieder betriebsfähig zu gestalten. Wenn man die Verwüstungen betrachtet, welche der Krieg anrichtet, dann kann man verstehen, daß jeder Staat bemüht ist, den Feind aus seinem eigenen Lande herauszuhalten.

Nach 72stündiger Fahrt bzw. Aufenthalt im Eisenbahnwagen wurden wir in Gh... einem Industrieort von zirka 8000 Einwohnern, am Sonntagvormittag eingeladen. Hier waren unsere braven Truppen, wie in so mancher Stadt bzw. Dorf, hinterwärts mit Maschinen- und anderen Getreiden vom Föbel beschossen worden. Die Folge war, daß über 300 Häuser ausgebrannt wurden. Von Gh. machten wir einen Spaziergang von 17 Kilometern und gelangten nach H... wo wir mit vier Kompagnien in einer Schule untergebracht wurden. Vor uns sollten die Franzosen dringeliegen haben. Am anderen Morgen wurden wir dann zur Sicherung der Bahn und des Ortes eingeteilt, worin also unsere Tätigkeit besteht. Die Bevölkerung schimpft weiblich auf die Franzosen und Engländer, welche an diesem Kriegszustand allein die Schuld tragen.

Wenn man auch hier auf den Bahnen der private Fernverkehr ruht, so ist doch das Bild der durchgehenden Züge sehr abwechslungsreich. Bald kommt ein Zug mit nachgehobenen deutschen Soldaten, welche mit Begeisterung jubeln, dem Feinde entgegenzufahren. Ein anderer Zug bringt den kriegsbesessenen Russen und Lebensmittel, Futtervorräte, Bekleidungsstücke usw. Was der entgegengekehrte Richtung ein anderes Bild: ein Gepanzerter Transport. Das sind es für Landsturmleute? Ein anderer Zug: Engländer, Franzosen, Belgier, Russen usw. Wirklich eine nette Gesellschaft. Der Zug hat jetzt auch ein neues Abzeichen: ein

sekte Kleidung und Fußbekleidung, fast allenthalben dann die Ausstattung in diesen Geschütern, überall alles mit deutschen Soldaten besetzt zu sehen. Jetzt kommt ein Transport Verwundeter, in der Mehrzahl deutsche Soldaten. Trotz ihrer Wunden frohen Mutes, schauen sie uns mit Begeisterung an, wenden uns mit verletzten Armen demnach den Kameradschaftsgenossen zu. Wahrlich, ein solches Bild ist wirklich geeignet, auch den Jaghaftesten mit Begeisterung zu erfüllen, ebenfalls mit Freude Gut und Blut fürs Vaterland zu opfern. Glücklich das Land, welches solche todesmutigen Krieger besitzt! Sind wir auch hier noch weit von der eigentlichen Schlachtlinie entfernt, so vernehmen wir dennoch häufig den Donner unserer Kanonen. Zuletzt bei der Beschießung der Festung M... Heute, am 27. September, will das Donnern gar kein Ende nehmen, obgleich wir von der beschlossenen Festung M... noch über 90 Kilometer entfernt sind. Bald wird, das sind wir gewiß, auch der Telegraph ebenfalls den Fall dieser Festung melden können, damit ist dann das Schicksal Belgiens entschieden.

Mit besonderer Genugtuung denkt man als christlicher Gewerkschaftler zurück an die Zeit, wo es galt, die Maßnahmen unserer Volkserziehung zu unterstützen, Heer und Flotte zu stärken. Die Gründe, welche damals von uns ins Feld geführt wurden, haben sich schnell durch die Verhältnisse als zureichend fürs Vaterland erwiesen.

Wie die Kollegen aus dem Angeführten ersehen, bemühen sich alt und jung im Feindesland, ihre volle Pflicht für Deutschlands Ruhm und Ehre zu tun und jeglichem Feindgefehr entgegen. Mögen unsere Kollegen in der Heimat von demselben Geiste befeuert sein, dann wird das Niedersehen für uns alle ein fremdliches sein.

Wehrmann Th. S...

„Von einem Mangel an Kartoffeln kann bei dem diesjährigen Ernteertrag keine Rede sein. Nach einer Vorschätzung des statistischen Landesamtes beträgt die diesjährige Kartoffelernte in Preußen 34 223 450 Tonnen gegen 30 215 298 Tonnen der Vorjahrsernte. Professor Wolmann (Halle) hat auf Grund einer Untersuchung nachgerechnet, daß die Gesamternte an Kartoffeln im Deutschen Reich sich auf 500 Millionen Doppelzentner beläuft, während es im Durchschnitt der letzten sechs Jahre 458,7 Millionen Doppelzentner waren. In normalen Jahren werden davon 130 Millionen Doppelzentner zur menschlichen Nahrung verwandt. Für die Volksernährung sind mithin Kartoffeln genug vorhanden; nichts kann die jetzt geforderten hohen Preise begründen.“

Selbst aus einsichtigen Kreisen der Landwirtschaft erhebt sich Widerspruch gegen die ungerechtfertigten Preistreiberien. Der als landwirtschaftliche Autorität und Bauernvereinsführer bekannte Dr. Helm (Regensburg) hat sich öffentlich gegen die zurzeit geforderten hohen Preise für Getreide und Kartoffeln gewandt. Die von ihm geleitete landwirtschaftliche Genossenschaft offeriert Kartoffeln zum Preise von 2,65 $\frac{1}{2}$ pro Deutner.

Im Hinblick auf die angeführten Tatsachen richten wir an die Reichsregierung die bringende Bitte, auf die Regierungen der Bundesstaaten und die Verwaltungsbehörden einzuwirken, daß von diesen Stellen aus den Preistreiberien auf dem Kartoffelmarkt Einhalt geboten wird. Die zuständigen Behörden können sich mit den Produzenten- und Händlerorganisationen in Verbindung setzen und verfügen ohne Zweifel über ausreichenden Einfluß, um Preise herbeizuführen, die der jetzigen Marktlage entsprechen und die Ernährung der minderbemittelten Volkskreise erleichtern.

Im Namen der Mitglieder unserer Organisationen und ihrer Angehörigen bitten wir Ev. Excellenz, die vorgetragene Bitte wohlwollend prüfen und in dieser für die Volksernährung so außerordentlich wichtiger Frage möglichst bald und entscheidend eingreifen zu wollen.“

Allgemeines

Steuern dürfen nicht von der Familienunterstützung abgezogen werden. Der Finanzminister und der Minister des Innern haben, wie in der Tagespresse berichtet wird, einen gemeinsamen Rundschreiben herausgegeben, worin die Behörden mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß Steuern unter keinen Umständen von den Unterstützungen für die hilfsbedürftigen Familien von Kriegsteilnehmern abgezogen werden dürfen. In dem Erlaß heißt es:

„Aus einer kleinen Gemeinde ist eine Beschwerde zugegangen, wonach die Gemeindeverwaltung die Gemeindesteuern der in den Dienst eingetretenen Mannschaften dadurch betreiben will, daß sie den Frauen und Kindern den Steuerbetrag an den ihnen bewilligten Familienunterstützungen abzieht. So wenig wir annehmen zu sollen glauben, daß auch von anderen Gemeindeverwaltungen ein solches Verfahren eingeschlagen werden wird, so weisen wir doch allgemein darauf hin, daß die nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888/4. August 1914 an die Familien der in den Dienst eingetretenen Mannschaften zu gewährenden Unterstützungen der Pfändung nicht unterworfen sind und deshalb auch eine Aufrechnung dieser Unterstützungsansprüche gegen Forderungen der Gemeinden oder Versicherungsverände an die Wehrmannsfamilie nicht zulässig ist. Die Familienunterstützungen sind also unverkürzt zur Auszahlung zu bringen. Was die Weitererhebung der Gemeinde-Einkommensteuern von Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes mit Einkommen von nicht mehr als 3000 $\frac{1}{2}$ betrifft, so wird die Gemeinde-Einkommensteuerpflicht an sich durch die Nichterhebung der Staatseinkommensteuer nicht berührt. Ist aber das Einkommen während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle oder infolge von Ereignissen, die sich als außergewöhnliche Unglücksfälle darstellen, um mehr als den fünften Teil vermindert, so kann eine Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer dadurch erreicht werden, daß die Steuerpflichtigen oder deren Angehörige bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berurteilungskommission den Antrag auf Ermäßigung der Staatssteuern stellen.“

Das Eisenerz erhielt unser Mitglied, der Kollege Alois Dieblich von der Zahlstelle der Hiesigen in Essen a. d. Ruhr. Herzliche Gratulation! Der Kollege liegt augenblicklich verwundet im Lazarett.

Der Tariflohn muß gezahlt werden. Vor dem Potsdamer Gewerbegericht klagte der Bauarbeiter A. gegen den Maurermeister Beyer auf Zahlung von 5,31 $\frac{1}{2}$. Der Kläger hatte bei dem Beklagten Arbeit angenommen und war der Ansicht, daß er den tarifmäßigen Lohn in Höhe von 56 Pf. erhalten werde. Am Lohnzahlungstage zahlte der Beklagte nur 50 Pf. aus. Kläger erhob Einspruch beim Folter, der ihm hierauf gesagt haben soll, A. werde den Rest in der nächsten Woche erhalten. Von dem als Zeugen geladenen Folter wurde dies bestritten. Der Kläger beantragte hierauf

zwei Zeugen, die beweisen sollten, daß er wirklich Einspruch erhoben habe. Trotz der Aussage des Vollers gelangte das Gericht zu der Auffassung, daß Kläger den untarfmäßigen Lohn Einspruch erhoben hat, und sprach ihm die Summe von 5,31 $\frac{1}{2}$ sowie 8 $\frac{1}{2}$ Kosten für entstandene Verfaumnisse zu. Wenn der Beklagte unter Tarif zahlte, dann müsse er den Arbeiter davon vorher in Kenntnis setzen, da der Arbeiter annehmen mußte, daß er den tarifmäßigen Lohn erhalten werde.

Deutschlands Außenhandel während des Krieges. Ueber diese Frage führte in der bereits früher angeführten Sitzung des Reichsbankdirektoriums der Präsident Havenstein aus: Der Außenhandel ist zu einem sehr starken Teil erhalten geblieben, und es ist von besonderem Interesse, daß unsere Ausfuhr im August trotz aller ihr berechneten Hemmnungen absolut wie relativ weniger zurückgegangen ist als die Englands; wir wissen heute, daß wir finanziell und wirtschaftlich das bestorganisierte Land sind. Und da hierzu noch der einhellige Wille tritt, diese Fähigkeit auch zu betätigen und die ganze gesammelte Kraft an die Durchführung des Kampfes zu setzen, so gibt es auch hier nur nicht bloß die Hoffnung, sondern die volle und restlose Ueberzeugung, daß wir auch über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegkommen und jede Dauer des Krieges durchhalten werden, und daß, wenn auch manches, was krank war, auf der Strecke bleiben und der Krieg hier ein harter, aber unvermeidlicher Reinigungsprozess sein wird, doch alles Gesunde und vor allem das Ganze gesund und stark bleiben und aus der alle Kräfte wachsenden und anspannenden Prüfung nur stärker hervorgehen wird.

Gegen den Hypothekentwucher. Wie der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ aus Hausbesitzerkreisen mitgeteilt wird, bedrohen zahlreiche Besitzer zweiter Hypotheken ihre Schuldner mit Kündigung, sogar in solchen Fällen, wo diese Hypotheken durchaus sichergestellt sind. Es seien das keineswegs kapitalschwache, sondern wirtschaftlich gutgestellte Leute, die die Kriegskosten der Hausbesitzer vermehrten, und zwar lediglich zu dem Zweck, um im letzten zu sitzen und unberechtigte Gewinne einzuhelmten. Sie wüßten wohl, daß jetzt zweite Hypotheken überhaupt nicht zu beschaffen seien oder doch nur zu einem Preis, der im Verhältnis zur Hypothekenhöhe geradezu als schwindelhaft bezeichnet werden müßte. Das Blatt fordert die schuldigen Rückständigen auf die Gläubiger und Vorsorge der Behörden, um den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Hausbesitzern über die dringendste Not hinwegzuhelfen. Denn eine Zwangsveräußerung bedeute in heutiger Zeit den glatten Ruin.

Die Haushaltskosten in Kriegsjahren. Schon vor Ausbruch des Krieges hatte die Angst vieler Konsumentenschichten zu Preistreiberien Veranlassung gegeben. Der Krieg selbst hat dann Veränderungen auf dem Warenmarkt zur Folge gehabt, die auf das Preisniveau der Lebensmittel stark einwirkten mußten. Der Grad, in dem sich die Preissteigerung im August auf die Haushaltskosten auswirkte, wird durch die Bewegung der Indexziffer festgestellt, die den auf Grund der Nation eines Marinefeldaten berechneten Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie und für eine Woche anzeigt. Die Indexziffer für das Reich bildet das Mittel aus den Berechnungen für circa 200 deutscher Plätze. Für sie betrug nun nach der Callversehen Berechnung die Indexziffer im Juni 21,73 $\frac{1}{2}$. Im Juli zeigte sich schon eine nicht gewöhnliche Verteuerung, die in der Hauptsache auf die erwähnten Preistreiberien zurückzuführen war. Die Indexziffer stieg um 0,39 $\frac{1}{2}$ auf 22,12 $\frac{1}{2}$. Die volle Wirkung des Krieges zeigt aber erst die Indexziffer für den Monat August. Sie stellte sich auf 26,41 $\frac{1}{2}$. Die Steigerung gegen Juli macht also 1,29 $\frac{1}{2}$ für die Woche aus und gegen Juni 1,68 $\frac{1}{2}$. Das bedeutet in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit und Verdienstmöglichkeit sehr erheblich nachgelassen hat, eine ganz empfindliche Belastung des Konsums. Unter der Annahme von 10 Millionen Familien würde diese Steigerung eine Verteuerung des Haushaltskosten, soweit die Ernährung in Frage kommt, um rund 67 Millionen Mark im August bedeuten. Freilich zeigt die Preissteigerung in den verschiedenen Landesteilen nicht einen gleichmäßig hohen Grad; sie weicht von dem Reichsdurchschnitt nach oben und unten sehr stark ab. Am stärksten ist die Preissteigerung in Elsaß-Lothringen, dann folgt Posen. Aber auch in einer ganzen Reihe weiterer Gebiete reicht die Verteuerung weit über den fürs Reich ermittelten Index hinaus. Auch hieraus geht hervor, daß Höchstpreise eine dringende Notwendigkeit sind.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 1. November, der 35. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig ist.

Breslau. War schon die Arbeitslosigkeit vor Beginn des Krieges ziemlich groß, so wurde dieselbe mit Beginn desselben noch viel umfangreicher. Die wirtschaftliche Not wäre wohl für unser Land zu einer Katastrophe geworden, wenn nicht Staat und Kommune alles aufgebieten hätten zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Auch in unserer Stadt wurde in dieser Hinsicht manches geleistet. Bereits stillgelegte Betriebe wurden wieder Stätten des Fleißes, die großen Überregulierungsarbeiten gaben vielen Familienvätern wieder Arbeit und Brot. Der Bedarf

an Soldatenmontur und Unterzeug für den Winter brachte wieder etwas Leben in die große Breslauer Heimindustrie. Unsere Bauarbeiter mußten allerdings vielfach die Pelle oder die Art mit der Schaufel vertauschen. Trotz des guten Willens aller war es nicht möglich, allen Arbeitsuchenden Beschäftigung zu bieten. Um nun die Zahl der Arbeitslosen einmal festzustellen, veranlaßte der Magistrat vom 12. bis 15. Oktober an 14 Meldestellen der einzelnen Stadtgebiete eine Arbeitslosen-zählung. Der Magistrat hatte sich u. a. gebeten, für die Meldestelle 4 den ehrenamtlichen Vorstoß zu führen, das heißt: dort für die nötige Ordnung mit zu sorgen. Gerne übernahm ich dieses Amt. Der Magistrat forderte durch die Presse und große Plakate an den Anschlagtafeln alle männlichen und weiblichen erwerbsfähigen Arbeitslosen, die in der letzten Stellung invalidenversicherungs-pflichtig waren, sowie die Heimarbeiter auf, sich an den vier dazu bestimmten Tagen zu melden. Unsere Meldestelle hatte 272 Anmeldungen entgegenzunehmen. Diese Zahl war gering, kommen doch auf jeden Tag nur knapp 70 Meldungen. Insgesamt meldeten sich im ganzen Stadtgebiet 3315 Personen arbeitslos. Man muß hierbei beachten, daß die jugendlichen Arbeiter sowie die Frauen, welche Militärunterstützung erhalten, von der Zählung ausgeschlossen waren. Ich will kurz meiner Empfindung über die Not der hiesigen Arbeiterbevölkerung Ausdruck geben. In manchen Großstädten werden die Dinge ja ebenso liegen. Montag, den 12. Oktober, morgens 8 Uhr, begann die Zählung. Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 77 Jahren erschienen, alle mager und schwach, 18 Jahre alt. Sie ist schon Mutter. Sie antwortet ängstlich auf die gestellten Fragen. Ein Bauhilfsarbeiter hat sieben Kinder unter 16 Jahren. Er ist schon drei Monate ohne Arbeit. Zuerst infolge Krankheit, jetzt findet er keine Beschäftigung. Neulich noch ziemlich rüstig, erscheint eine alte alleinstehende 77jährige Witwe. Die mageren, verwellten Hände lassen das hohe Alter erkennen. Sie erzählt, daß sie auf der letzten Stelle 18 Jahre als Näherin tätig war. Nun ist sie entlassen. . . . Wirtschaftliche Not ist die Begleiterin dieser hochbetagten Greisin. Sie weint. . . . So könnte man noch manches aufzählen. Ich sah schmürz-verzerrte Gesichter, unenbliches Leid war in den Blicken vieler zu erkennen. Blasse, hagere Personen waren es durchweg, die da erschienen. Bittere Tage, verzweifelt durchlebte Stunden hatten bei vielen sichtbare Spuren hinterlassen. Drei bis sechs Monate und manchmal noch länger arbeitslos kamen sie, Arbeiter, Gesellen, Gewerbegehilfen, Näherinnen, Dienstmädchen, Heimarbeiter usw., Hilfe nahe wärend. Und doch konnten sie von uns nur eingetragene werden. Hier muß sicherlich bald etwas geschehen, um diesen vom Geschick so schwer getroffenen Menschen Hilfe zu bringen. In der städtischen Schulhalle, in der wir uns befanden, sagte der Wärter derselben (vielleicht sogar früher selbst Arbeiter): „Die Leute wollen nur nicht arbeiten.“ Diese Ansicht ist einfach so konfus, daß man darüber nicht zu reden braucht. So lösen aber immer noch gewisse Leute, die jedenfalls materielle Not nie spürten, dieses große soziale Problem. Die Kommune vermag hier nicht alles zu ordnen, deshalb muß zurzeit die Fürsorge der bessergestellten Volksteile hier mehr eingreifen. Wer je arbeitslos war, vermag den seelischen Schmerz zu beurteilen, den diese Armen zu erdulden haben. . . . Keine Klade in der moralischen Front! Keine Durchbrechung der Stimmung! so rief ein großes deutsches Blatt vor wenigen Tagen dem deutschen Volke zu. Wohlan denn, ihr Bürger, Gewerbetreibende, Fabrikanten usw., die ihr zu geben vermöget, hier ist ein dankbares Feld väterländischer Betätigung. Beladen mit banger Sorge um das Wohlergehen der Seinen, wird der Soldat, der Verteiliger unseres schönen Vaterlandes, nie den rechten Kampfesmut finden. Hier kann also auf heimatlichem Boden wirklich Großes geschehen, aber auch Großes unterlassen werden. Dann noch eins: Wenn der jetzige Krieg glücklich vorüber ist, wird man der Wohnungsfrage mehr Beachtung schenken müssen. Unter den vielen Mädchen, die sich meldeten, war schon so manche mit 18 Jahren Mutter. Bei diesen jungen Mädchen sind Fleischsucht und Tuberkulose keine Seltenheit. Sie vermögen brauchbare Glieder der Gesellschaft nicht mehr zu erziehen. Das Wohnungselend trägt hier einen großen Teil der Schuld. Kleine Wohnungen, in denen vielfach zur Entlastung der Familien noch ein oder zwei Schlafstellen eingerichtet sind, tragen den Keim der Verderbnis von vornherein in sich. So sieht man denn auch, wie dieser Not manches Mädchen zum Opfer fällt. Doch darüber in Friedenszeiten. Möge unser deutsches Volk diese Frage besonders jetzt noch mehr würdigen, dann wird der Gedanke der Solidarität in dieser großen Zeit auch große Wunden zu heilen vermögen. F. Gottschalk.

Frankfurt a. M. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist zurzeit wohl eines der wichtigsten zu lösenden Probleme. Von diesem Gedanken ging auch der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband aus, als er eine auf größter Basis ruhende Konferenz aller bedeutenden Behörden arrangierte. Neben den Vertretern aller größeren Städte, der Kreise und Provinzen waren solche der Oberpost- sowie der Eisenbahndirektion, der Landesversicherungsanstalten, der Armeebefehlungsämter, der Industriellen- und Arbeiterverbände, der Landwirtschaft und des Gewerbes erschienen. Auch unsere christlichen Gewerkschaften hatten eine Anzahl Delegierte entsendet. In einem einleitenden Referat wurde der Nutzen der Zentralisation des Arbeitsnachweises gerade für die gegenwärtige Zeit herabgehoben, dabei auch manche Schwächen betont, insbesondere der Mangel an Geldmitteln zur Durchführung mancher zweckmäßigen Aufgaben zugunsten der Arbeitsuchenden. Eine Tabelle, stehend auf den statistischen Zusammenstellungen der Arbeitsnachweise des eingangs genannten Verbandes gab eine Uebersicht über die gemeldeten freien Stellen und den Stellenjuchenden. Auf 100 der ersteren kamen in den ersten Wochen des Krieges bis zu 1200 Arbeitsuchende. Freilich ist die Zahl der letzteren allmählich

